

Machen Sie mit beim „Bottom Up“ der CO2 Bepreisung!

Aufruf an alle Gemeindepolitikerinnen und Gemeindepolitiker für eine klimaneutrale Gemeindeverwaltung

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Zeiten von Krisen ist es eine besondere Herausforderung, die wirklich dringenden und wirklich wichtigen Dinge zu erkennen. Derzeit steht die Bewältigung der Corona-Pandemie im Vordergrund. Nach einhelliger Meinung aller etablierten Wissenschaftler der Welt ist aber die anstehende Klimakrise die größte Herausforderung der gesamten Menschheit, wobei als das wirksamste Lösungsinstrument dazu die CO₂-Bepreisung eingestuft wird.

Um dauerhafte Beeinträchtigungen für unsere Kinder und Kindeskiner zu vermeiden, müssen in der nächsten Legislaturperiode die technischen Konzepte für eine klimaneutrale Energiebereitstellung erstellt - sowie die Finanzierung dafür gesichert werden.

Der Gemeinde als kleinste politische Einheit in unserer Demokratie kommt dabei eine besonders wichtige Aufgabe zu: Sie ist der wichtigste Umsetzer der konkreten Maßnahmen vor der Haustüre und direktes Sprachrohr an die Bevölkerung. Es gilt daher, von dieser Basis ausgehend, den politischen Rechtsrahmen für die rasche Transformation zu einer ökosozialgerechten und klimaneutralen Kreislaufwirtschaft sicherzustellen.

Wir laden sie daher sehr herzlich ein, nachfolgenden Grundsatzbeschluss für die zukünftige Arbeit in ihrer Gemeinde herbeizuführen, - um damit im jeweiligen Landtag das gemeinsame Anliegen glaubwürdig über eine regional verankerte NGO einbringen zu können:

Die Gemeindevertretung von beschließt, sich der Initiative „Klimaneutrale Gemeinde 2040“ anzuschließen und folgende Ziele/Aufgaben so rasch wie möglich umzusetzen:

1. Erstellen von einem Fahrplan für die klimaneutrale Infrastruktur und Betriebsführung im Wirkungsbereich der Gemeinde
 - a. stufenweise energetische Sanierung aller öffentlichen Gebäude, die vor 1990 gebaut wurden nach dem Stand der Technik. Ausnahmen sind zu begründen
 - b. Ersatz aller Ölheizungen bis Ende 2021 und Ersatz aller Gasheizungen bis spätestens Ende 2040 in öffentlichen Gebäuden auf Basis eines „kommunalen Wärmeplanes“
 - c. Sämtliche geeignete Gebäudeflächen (Dach und Fassade) entweder selber für die Erzeugung von Solarstrom oder Solarwärme zu nutzen oder für die Finanzierung über Bürgerbeteiligungsprojekte verfügbar zu machen
2. Ausarbeitung eines mittel- und langfristigen Finanzierungskonzeptes für die Entwicklung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen
3. Kompensation der verbleibenden CO₂ Emissionen der Gemeindeverwaltung über die Plattform Klimacent, um damit gezielt regionale Klimaschutzprojekte zu unterstützen und die Bevölkerung für den Umbau zu einer klimaneutralen Gesellschaft zu aktivieren.
4. Aufbauend auf der so wahrgenommenen Eigenverantwortung für die Umsetzung der Klimaneutralität wird nachfolgende Petition an den jeweiligen Landtag unterstützt:

Petition an den Landtag der

eingebraucht durch als regionale Plattform der Zivilgesellschaft

Aufbauend auf der wahrgenommenen Eigenverantwortung für die rasche Transformation zu einer Klimaneutralität fordern die UnterstützerInnen der Petition den Landtag auf:

Für den Wirkungsbereich der Landesregierung:

1. Beschluss zu einer freiwilligen CO₂-Abgabe für die von der Landesverwaltung verursachten CO₂-Emissionen.
Ziel: Raschere Umstellung auf eine effiziente Eigenversorgung mit erneuerbarer Energie in den Landesgebäuden und der Mobilität des öffentlichen Dienstes.
2. Beschluss, zukünftig im Rahmen der Möglichkeiten des Landes jegliche direkte und indirekte Förderung von fossilen Energiesystemen zu unterbinden
Ziel: Beenden jeglicher Marktverzerrungen
3. Beschluss, für die erforderliche Vernetzungs- und Überzeugungsarbeit auf Bundes- und EU Ebene für ein Ende der direkten und versteckten Förderungen bei Atomstrom und fossiler Energie entsprechende Ressourcen (Personal und Sachkosten) zur Verfügung zu stellen.
Ziel: Vernetzung der nachhaltig wirksamen Kräfte für ein wirksames Lobbying gegen die atomar/fossile Wirtschaftsmacht

Für den Wirkungsbereich des Landtages:

4. Beschluss für eine leitungsgebundene Landesenergieabgabe auf Strom und Gas zur Finanzierung der Energieautonomie Vorarlberg.
Ziel: Breite Verankerung von der Umsetzung der Energieautonomie durch die Einbindung der Interessensvertretungen bei der Rückführung der Gelder für regionale Klimaschutzprojekte

Die Plattform Klimacent.at wurde von der Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Vorarlberg - AEEV entwickelt, um Eigen- und Mitverantwortung zu dokumentieren und eine Dynamik in die Anpassung des wirtschaftspolitischen Rahmens zu bringen.

Nachdem bereits mehr als ein Drittel aller Vorarlberger Gemeindevertretungen diese Petition unterstützen, konnte ein einstimmiger Landtagsbeschluss zur ersten klimaneutralen Landesverwaltung aufbereitet werden.

Das Instrument Klimacent wurde zwischenzeitlich mit Unterstützung vom Klima- und Energiefonds Österreich für die Anwendung in allen KEM Regionen adaptiert und steht zur breiten Anwendung allen zur Verfügung, die diese Bottom-up Bewegung stärken wollen. Neben der AEEV sind bereits die Ökostrombörse Salzburg und der Verein Klimacent Tirol als Koordinationsstelle für die Verbreitung der Plattform aktiv, zur Koordination wurde der Verein Klimacent Austria gegründet.

Ziel der Initiative ist es, eine breite politische Getragenheit für eine Kostenwahrheit bei Energie, Lebensmittel und Ressourcenverbrauch zu schaffen